

Aus der Gemeinderatssitzung am Montag, 04.04.2016

TOP Ö 2

Ausscheiden von Gemeinderat Dr. Arno Neidig aus dem Gemeinderat

Gemeinderat Dr. Arno Neidig hat der Verwaltung mitgeteilt, dass er aus gesundheitlichen Gründen mit sofortiger Wirkung aus dem Gemeinderat ausscheiden möchte. Gemäß 16 Absatz 1 Nr. 5 Gemeindeordnung für Baden –Württemberg kann ein Gemeinderat sein Ausscheiden verlangen, wenn er anhaltend krank ist.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass die CDU das Ausscheiden bedauere. Dr. Neidig sei 2014 mit einem sehr guten Ergebnis gewählt worden und werde von den Bürgern geschätzt. Insbesondere mit der Straßenbahnverlängerung habe er sich intensiv beschäftigt und die sozialen Themen seien ihm am Herzen gelegen. Sie dankte ihm für seine Mitarbeit und Unterstützung und insbesondere auch seiner Gattin.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass er Dr. Neidig schon sehr lange persönlich kenne und dieser auch schon als Elternbeiratsvorsitzender der Humboldtschule ein sehr aktiver Motor gewesen sei. Man habe stets seine sachliche und ruhige Art geschätzt, aber die Gesundheit gehe natürlich vor. Er sprach die besten Wünsche der PL aus.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man mit Bedauern von dem Ausscheiden Kenntnis genommen habe. Dr. Neidig war ein angenehmer Kollege mit einem scharfen Intellekt, der an seinen festgelegten Prinzipien festgehalten habe und stets zur Verfügung gestanden sei. Er wünschte seitens der SPD alles Gute.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass man seitens der GLP das Ausscheiden bedauere, auch wenn man wie z.B. in der Frage der Straßenbahnverlängerung nicht immer einer Meinung gewesen sei. Sie wünschte seitens der GLP alles Gute und, dass man sich bald wieder treffe.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass Dr. Neidig ein emsiger Kämpfer für die Belange seiner Partei sei, der immer präsent war und nie nachtragend. Er wünschte alles Gute.

BGM Schmitt würdigte Dr. Arno Neidig, der am 25. Mai 2014 mit einem beachtlichen Ergebnis als sechster Gemeinderat für die CDU in den Gemeinderat gewählt wurde. Er hat in seiner Zeit im Gemeinderat vor allem die Kinderbetreuungseinrichtung am Pestalozziweg, die Umgestaltung der Humboldtschule zur Ganztagschule und den Bau zur Flüchtlingsunterbringung am Neurott maßgeblich mitbegleitet. Auf Festen und Veranstaltungen war er immer präsent. Im Namen der Gemeinde sprach er die besten Wünsche, verbunden mit viel Gesundheit aus.

GR Dr. Arno Neidig (CDU) bedankte sich für die lobenden Worte, die er so gar nicht erwartet hatte. Er bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und bat die Wähler um Nachsicht, dass er ausscheiden müsse. Dies sei eine höhere Gewalt.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö 3

Nachrücken von Herrn Oskar Sessler in den Gemeinderat

a) Förmlicher Beschluss und Feststellung eventueller Hinderungsgründe

b) Verpflichtung

c) Neubesetzung von Ausschüssen

Zu a) Gemäß § 31 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) rückt der/die als nächste Ersatzperson festgestellte Bewerber/in nach. Nach dem Ergebnis der Gemeinderatswahl am 25.05.2014 hatte der Bewerber Oskar Seßler die nächsthöchste Stimmenzahl von 1.760 Stimmen erhalten. Somit rückt er als nächste Ersatzperson auf der CDU-Liste automatisch und gleichzeitig mit dem Ausscheiden von Gemeinderat Dr. Arno Neidig nach. Herr Seßler hat mit Erklärung vom 23.03.2016 bestätigt, dass er das Amt eines Gemeinderates für das ausgeschiedene Ratsmitglied Dr. Arno Neidig antreten wird und dass keine Hinderungsgründe dem Eintritt in den Gemeinderat entgegenstehen.

Zu c) Durch das Ausscheiden von Gemeinderat Dr. Arno Neidig aus dem Gemeinderatsgremium ändert sich auch die Zusammensetzung des Ausschusses für Verwaltung,

Kultur, Sport und Soziales, in dem er Mitglied war und des Ausschusses für Umwelt, Technik und Bau, in dem er Stellvertreter war.

Die Nachwahl von Herrn Seßler oder die Wahl eines/einer anderen ordentlichen Ausschussmitglieds oder Stellvertreters/in setzt grundsätzlich das bisher übliche formlose Wahlverfahren über die diesbezügliche Neubesetzung eines Ausschusses voraus, die nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung stets einstimmig bzw. mit dem ausdrücklichen Votum **aller** Gemeinderäte zu erfolgen hat.

BGM Schmitt verpflichtete Herrn Seßler per Handschlag, nachdem dieser ihm die Verpflichtungsformel nach-gesprochen hatte.

Evtl. abweichender Beschlussvorschlag:

Ergänzung des Beschlussvorschlags unter c):

Als ordentliche Mitglieder und deren Stellvertreter/innen im Ausschuss für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales und im Ausschuss für Umwelt, Technik und Bau werden im Rahmen einer offenen Wahl per Akklamation gewählt:

VKSS

Mitglieder:

GR Oskar Seßler

GR Jutta Schuster

GR Prof. Dr. Udo Weis

GR Ulrike Breitenbücher

GR Fredi Engelhardt

GR Jutta Schneider

GR Dr. Felix Geisler

GR Thomas Burger

UTB

Stellvertreter:

GR Andreas Berger

GR Hans-Peter Helmling

GR Andreas Wolf

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler

GR Gerhard Waldecker

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende

GR Christine Grimm

GR Sigrid Schüller

Mitglieder

GR Andreas Berger

GR Hans-Peter Helmling

GR Andreas Wolf

GR Silke Layer

GR Gerhard Waldecker

Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende

GR Dr. Felix Geisler

GR Sigrid Schüller

GR Ulf-Udo Hohl

Stellvertreter:

GR Oskar Seßler

GR Jutta Schuster

GR Prof. Dr. Udo Weis

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler

GR Fredi Engelhardt

GR Jutta Schuster

GR Christine Grimm

GR Thomas Burger

Weiterhin übernimmt Herr Seßler die Stellvertretung von Frau Schuster bei der Volkshochschule und der Musikschule, die bisher von Herrn Dr. Neidig wahrgenommen wurde. Einstimmig.

TOP Ö 4

Umsetzung des § 41 a Gemeindeordnung für Baden-Württemberg

Durch die Änderung der Gemeindeordnung Baden-Württembergs (GemO) stellt sich die Frage, wie die vom Landesgesetzgeber gewünschten Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen kommunalpolitisch umgesetzt werden können.

In § 41a Absatz 1 und 2 wird die Jugendvertretung über einen institutionell abgesicherten Jugendgemeinderat oder eine andere Form der Jugendvertretung beschrieben. Für die Einführung dieses Modells auf Antrag von Jugendlichen bedarf es der Zustimmung des Gemeinderats; allerdings zeigt die Realität der praktizierenden Kommunen, dass sich ein Jugendgemeinderat aufgrund des oftmals vergleichsweise geringen Interesses der Zielgruppe meist als schleppend und wenig zielführend gestaltet.

Daher ist die Gemeindeverwaltung mit dem Postillion e.V. als Betreiber des Jugendzentrums und Anbieter der mobilen Jugendarbeit in Kontakt, um ein Modell einer bedarfsorientierten Jugendarbeit zu projektieren. Nachdem in § 41 a Absatz 1 GemO explizit gefordert wird, dass die Gemeinde Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interes-

sen berühren, in angemessener Weise beteiligen müsse, kam man in einer Vorberatung überein, dass eine Beteiligungsmöglichkeit jenseits des formalisierten Jugendgemeinderats erprobt werden soll. Die Gemeinde Plankstadt wird hier als eine Modellkommune fungieren. Die Jugendbeteiligung soll dann aus 3 Bausteinen bestehen:

Baustein 1: Schaffung einer Öffentlichkeit

Die Mobile Jugendarbeit schafft ein Netzwerk interessierter Jugendlicher, die noch kein fester Arbeitskreis ist, sondern erst einmal eine Adressliste (über E-Mail/whatsapp, SIMSme etc.), so dass ad hoc eine Arbeitsgruppe zu einem Thema entstehen kann. Die Jugendlichen sollen auch über aktuelle Entwicklungen im Ort informiert werden. Jeder Jugendliche soll die Möglichkeit haben in die Adressliste aufgenommen zu werden (Homepage, Amtsblatt, Informationen und Aushänge an Schulen).

Baustein 2: Beteiligungsverfahren durch die Verwaltung

Die Verwaltung verpflichtet sich bei kommunalpolitischen Themen zu prüfen, ob Jugendliche im Ort angehört werden sollen. Hierbei bieten sich vor allem die Themen an:

- öffentlicher Personennahverkehr,
- Straßenverkehrsführung/Fußwege
- Schulentwicklungsplanung, Bebauungspläne,
- öffentliche Infrastruktur (zum Beispiel Schwimmbad)
- Treffmöglichkeiten

Wenn die Verwaltung der Meinung ist, dass Jugendliche sich mit einer Verwaltungsvorlage beschäftigen sollen, erfolgt eine Mitteilung an die mobile Jugendarbeit, die versucht eine Stellungnahme von Jugendlichen zu erhalten. Alle registrierten Jugendlichen werden angeschrieben und können sich an der Diskussion beteiligen. Hierzu ist eine geschützte Website einzurichten, auf der Jugendliche die Informationen abrufen können.

Die Durchführung soll vor allem an den Bedürfnissen der Jugendlichen angelegt werden.

Baustein 3: Beteiligungsverfahren auf Wunsch der Jugendlichen

Jugendliche sollen motiviert werden ihre Interessen und Bedarfe in das Gemeinwesen einzubringen. Dadurch kann eine höhere Identifikation mit der Gemeinde erzielt werden. Dabei benötigen Jugendliche jedoch Unterstützung, da kommunalpolitische Entscheidungen in der Regel viel Zeit in Anspruch nehmen und Jugendliche sich meist schnelle Lösungen erhoffen. Daher wird die mobile Jugendarbeit beauftragt, Bedarfe von Kindern und Jugendlichen zeitnah zu erfassen und Jugendliche dazu zu motivieren, einen Antrag an die Gemeinde zu stellen, der eine Darstellung des Problems und einen Beschlussvorschlag enthält.

Dieser Antrag soll in einer Gemeinderatssitzung behandelt werden, wenn das in der Gemeindeordnung vorgesehene Quorum von 100 erreicht wird. (Analog zu den Vorgaben in der Gemeindeordnung, jedoch nicht der wahlberechtigten Einwohner, sondern aller Jugendlichen im Alter von 12-18 Jahre). Unterschreiben die Jugendlichen den Antrag wird dieser spätestens in der übernächsten Gemeinderatssitzung behandelt.

Die Verwaltung ist über den Antrag frühzeitig zu informieren und kann in eigener Zuständigkeit den Antrag auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung stellen. Ebenso sind die Fraktionen über den Antrag zu informieren.

Zu dem TOP war Herr Lenz von Postillion anwesend und stellte dem Gemeinderat das Konzept vor.

GR Prof. Dr. Udo Weis (CDU) fragte, in wie weit es Vorberatungen gegeben habe? Herr Lenz sagte, dass man das Konzept bei Postillion entwickelt habe und der Verwaltung dann angeboten habe. Es gab daraufhin eine Beratung zwischen Postillion und der Gemeinde. Das Konzept wurde aber auch anderen Gemeinden angeboten.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass sie diese Informationen nun erst einmal sortieren müsse. Sie sei verwirrt. Warum trage nicht die Verwaltung bzw. Herr Thate diesen TOP vor sondern Herr Lenz?

GR Sigrid Schüller (GLP) fragte, welche Altersgruppe man als Ziel anvisiert habe und wie hoch das angesprochene Quorum sei? HAL Thate sagte, dass man die Altersgruppe vor allem der 14 – 18-jährigen ansprechen wolle, aber die Zielgruppe auch schon bei den 12-jährigen beginnen könne. Das Quorum sei auf 100 Jugendliche avisiert worden.

GR Prof. Dr. Udo Weis (CDU) sagte, dass er das formale Quorum von 100 Jugendlichen als zu hoch erachte und dass eine formale Sachstandsberichterstattung zumindest jährlich er-

folgen solle. BGM Schmitt informierte, dass man beiden Anregungen gerne entsprechen könne.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass es zu kurz sei, sich in einer Woche mit diesem wichtigen Thema auseinanderzusetzen und beantragte das Thema in den VKSS zu verweisen.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) fragte was es bedeute, eine Modellkommune zu sein. Er wäre mit Plankstadt ungern der erste, der ein solches Verfahren betreibe.

Herr Lenz sagte, dass es folgelogisch sei, dass Postillion als Träger der freien Jugendhilfe in Plankstadt dieses Thema aufgreife. Ihm sei derzeit keine andere Kommune bekannt, die ein ähnliches Mustervorhaben betreibe. Dr. Geisler erkundigte sich, wie man die Zielgruppe erreichen wolle? Herr Lenz sagte, dass dies am besten über eine persönliche Ansprache zu realisieren sei, aber auch Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt oder der Zeitung hilfreich sein können.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass es keine Frage seitens der SPD sei, die Jugendlichen miteinzubeziehen. Die „Übereinkunft“ habe aber im Gemeinderat zu erfolgen. Der Punkt solle in den Ausschuss verwiesen werden. BGM Schmitt stellte klar, dass das Thema deshalb jetzt ja im Gemeinderat sei.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass man sich seitens der PL nicht daran stören könne, dass Plankstadt eine Modellkommune werde. Man halte nichts von einer Vertagung. GR Prof. Dr. Weis (CDU) habe praktikable Modifizierungsvorschläge angeboten.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) fragte, was das Ergebnis der mobilen Jugendarbeit sei? Herr Lenz sagte, dass man ein Verfahren brauche, wie man das Ganze in die politische Agenda übertragen könne. Zweifelsohne müsse man damit natürlich auch Erfahrungen machen und der Gemeinderat müsse das Konzept mittragen und mit leben, denn sonst sterbe das Ganze.

Evtl. abweichender Beschlussvorschlag:

Vertagung und Verweisung in den VKSS

Mehrheitlich angenommen mit 11 Ja-Stimmen von CDU, SPD, GLP und ALP, bei 5 Gegenstimmen von PL und GR Helming und 2 Enthaltungen von GR Dr. Klimpel-Schöffler und BGM.

TOP Ö 5

Gründung der Senioren Initiative Plankstadt

Die Gemeinde Plankstadt hat mit der Einrichtung des Seniorenbüros auch einen Aufruf an alle Bürgerinnen und Bürger gestartet sich ehrenamtlich für die besonderen Belange älterer Generationen zu engagieren. Nach ersten Einzelgesprächen mit Interessierten gab es mehrere Treffen in der Gruppe beim „Runden Tisch Seniorenbüro“. Damit die Gruppe der Ehrenamtlichen in Kooperation mit dem Seniorenbüro der Gemeinde Plankstadt aktiv werden kann und auch die versicherungstechnischen Rahmenbedingungen gewährleistet sind, ist die Idee entstanden, die „Senioren Initiative Plankstadt“ mit eigener Satzung zu begründen.

GR Prof. Dr. Udo Weis (CDU) sagte, dass die CDU die Gründung der Senioren Initiative begrüße. Die Statuten seien aber in ihrer Ausgestaltung mangelhaft und sollten geändert werden. BGM Schmitt sagte, dass man die Änderungsvorschläge benennen soll, damit sie in der Gruppe, die die Statuten auch gemacht hat entsprechend eingefügt werden können.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass die Gründung der Senioreninitiative eine Lücke schließe. Es sei alles in allem eine gute Sache und eine Bereicherung für Plankstadt. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man es seitens der SPD positiv sehe, allerdings noch eine Reihe von Fragen und Unklarheiten bestünden. Es gäbe Dinge, die geändert werden müssten. Man müsse die Initiative auf den richtigen Fuß stellen, damit das Ganze laufe. Der Ausschuss hätte eingebunden werden müssen. Es sei eine Stoffsammlung aber keine Statuten, die man im Ausschuss vorberaten solle.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass man sich freue, dass die Gründung der Senioreninitiative stattfinde. Die Statuten seien an den Ketscher Statuten angelehnt, die sich seit vielen Jahren dort bewähren. Dies sei eine gute Wahl. Sie gab die Zustimmung.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass er sich der Kritik an den Statuten anschließen könne. Dies passe nicht zu einer Seniorenorganisation, sondern viel mehr zu einer Funktionärstätigkeit.

keit. Es müsse alles ganz schnell gehen und wurde nicht im Ausschuss angesprochen. Hier sei zusammengetragen, was nicht zusammen passe. Man müsse im Ausschuss diskutieren. GR Prof. Dr. Weis (CDU) schlug vor, die Gründung der Initiative zu beschließen und die Statuten in den Ausschuss zu verweisen.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass sich die Initiative große Mühe gemacht habe. Sie schlug vor, dass jede Fraktion ihre Ideen zu den Statuten an die Verwaltung abgebe, damit diese sie an die Senioreninitiative weiterreichen könne.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) sagte, dass auch juristische Folgen damit verbunden seien, wenn die Gemeinde Träger sei.

Frau Michels sagte, dass die Statuten inhaltlich gleich mit den Statuten der Gemeinde Ketsch seien, die seit Jahren keine Probleme damit haben. Es ist klar, dass sich die Statuten inhaltlich weiterentwickeln.

Evtl. Abweichender Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt der Gründung der Senioren Initiative Plankstadt zu. Die Statuten wird die Senioren Initiative überarbeiten und im Ausschuss vorstellen.

Einstimmig angenommen, bei 1 Enthaltung der ALP.

TOP Ö 6

Antrag der Fraktion der GLP vom 7. März 2016

Mit E-Mail vom 7. März 2016 hat die Fraktion der Grünen Liste Plankstadt 2 Anträge gestellt. Gemäß § 34 Absatz 1 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg ist der Antrag auf die Tagesordnung der spätestens übernächsten Sitzung des Gemeinderates zu setzen.

Die Gemeindeverwaltung schlägt vor, die Angelegenheit in den Ausschuss für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales zur Vorberatung zu verweisen.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass die geänderte Gemeindeordnung weitreichende Änderungen ergeben habe. Er freue sich, wenn die Anträge in den VKSS verwiesen würden und dann ein vernünftiges Ergebnis dabei herauskommt.

Einstimmig angenommen, bei 1 Enthaltung der ALP.

TOP Ö 7

Neubau Flüchtlingsunterkunft Neurott

- Vergabe der Dachabdichtungsarbeiten, des Einbaus von Kunststofffenstern und Außentüren, der Heizungsanlagen, der Lüftungs- und sanitärtechnischen Anlagen sowie der Stahlbauarbeiten

Für den Neubau der Flüchtlingsunterkunft im Neurott wurden die Dachabdichtungsarbeiten, der Einbau von Fenstern und Haustüren in Kunststoff, der Einbau der heizungstechnischen Anlagen, der Einbau der Lüftungs- und sanitärtechnischen Anlagen sowie die Stahlbauarbeiten öffentlich ausgeschrieben.

Folgende Ergebnisse wurden erzielt:

Dachabdichtungsarbeiten

Zum Submissionstermin am 11.03.2016 wurden 8 Angebote eingereicht. Die Angebote wurden von Architekt Andreas Lerche geprüft.

Fa. ISO Bau GmbH aus Neuhofen hat mit 70.550,58 € das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Fa. ISO BAU GmbH hat ihre Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit im Rahmen eines Präqualifizierungsverfahrens nachgewiesen. Einer Auftragsvergabe an Firma ISO Bau GmbH steht aus Sicht der Verwaltung nichts im Wege.

Fenster und Haustüren in Kunststoff

Zum Submissionstermin am 11.03.2016 wurden 6 Angebote eingereicht. Die Angebote wurden von Architekt Lerche geprüft. Fa. MKL aus Schwetzingen hat mit 68.772,48 € das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Die Firma ist der Verwaltung aus früheren Projekten als leistungsfähig und zuverlässig bekannt. Einer Auftragsvergabe an Fa. MKL steht aus Sicht der Verwaltung nichts im Wege.

Heizungstechnische Anlagen

Zum Submissionstermin am 11.03.2016 wurden 5 Angebote eingereicht. Die Angebote wurden vom Ingenieurbüro Gaberdiel geprüft. Fa. AB Energie- und Haustechnik aus Wald-Michelbach hat mit 155.339,77 € das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Fa. AB Energie-

und Haustechnik ist dem Ingenieurbüro als leistungsfähig und zuverlässig bekannt. Einer Auftragsvergabe an Fa. AB Energie- und Haustechnik steht aus Sicht der Verwaltung nichts im Wege.

Lüftungs- und sanitärtechnische Anlagen

Zum Submissionstermin am 11.03.2016 wurden 2 Angebote eingereicht. Die Angebote wurden vom Ingenieurbüro Gaberdiel geprüft. Fa. Schmitt aus Eppelheim hat mit 168.923,62 € das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Die Firma ist der Verwaltung aus gemeinsamen Projekten als leistungsfähig und zuverlässig bekannt. Einer Auftragsvergabe an Fa. Schmitt steht aus Sicht der Verwaltung nichts im Wege.

Stahlbauarbeiten

Zum Submissionstermin am 21.03.2016 wurden 4 Angebote eingereicht. Die Angebote wurden von Architekt Lerche geprüft. Fa. Kühner aus Viernheim hat mit 34.539,75 € das wirtschaftlichste Angebot eingereicht. Die Firma ist dem Architekt als leistungsfähig und zuverlässig bekannt. Einer Auftragsvergabe an Fa. Kühner steht aus Sicht der Verwaltung nichts im Wege.

GR Andreas Wolf (CDU) sagte, dass die rege Teilnahme an der Ausschreibung sehr erfreulich sei. Er fragte, wie weit die Angebotssummen mit der Kostenschätzung übereinstimmen? Herr Lerche sagte, dass alles was die Architektur betreffe, man unter der Kostenschätzung liege. GR Wolf gab die Zustimmung der CDU.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass die Angebote ordnungsgemäß geprüft wurden und zum Bedauern der PL kein ortsansässiger Betrieb berücksichtigt werden konnte. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, die SPD sei nicht einverstanden, da man bereits auch den Grundsatzbeschluss zum Bau der Flüchtlingsunterkunft abgelehnt habe.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass er die Unterkunft an dieser Stelle abgelehnt habe und gab seine Ablehnung.

BGM Schmitt wies darauf hin, dass zum Wesen einer Demokratie gehöre, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. Jetzt gehe es um eine Auftragsvergabe und nicht um die bereits im vergangenen Jahr gefasste Grundsatzentscheidung.

Mehrheitlich angenommen mit 13 Ja-Stimmen von CDU, SPD, GLP und BGM, bei 5 Gegenstimmen von SPD und ALP.

TOP Ö 8

Unterhaltungspflege in öffentlichen Grünanlagen und Außenanlagen kommunaler Einrichtungen

Auftragsvergabe

Der Vertrag über die Unterhaltungspflege in verschiedenen Grünanlagen und Spielplätzen lief im vergangenen Jahr aus. Die Leistungen wurden, wie nachfolgend dargestellt, in zwei Lose aufgeteilt und erneut öffentlich ausgeschrieben.

Los 1:

- Außenanlage Mehrzweckhalle und Humboldtschule, Jubiläumspark und Kinderspielplatz Vogelpark sowie Castelnau-le-Lez-Anlage

Los 2:

- Verkehrsbegleitgrün, Grünflächen und Spielplätze nördlich der Straßen „Neurott“ und „Im Grund“ sowie in der Handschuhshheimer Straße
- Verkehrsbegleitgrün, Grünflächen und Spielplätze in den Baugebieten „Gässeläcker“, „Nord-West“ und „Bruchhäuser Weg“

Zum Submissionstermin am 18.03.2016 lagen 3 Angebote vor. Nach rechnerischer Prüfung ist Fa. WISAG Garten- und Landschaftspflege GmbH & CO. KG aus Mannheim bei Los 1 mit 38.842,39 € der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot. Fa. WISAG hat ihre Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit im Rahmen der Grünflächenpflege in der Gemeinde in den Jahren 2014-2016 nachgewiesen. Aus Sicht der Verwaltung steht daher einer Auftragserteilung nichts im Wege.

Bei Los II ist nach rechnerischer Prüfung Fa. Böttinger aus Dossenheim mit 40.103,40 € der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot. Fa. Böttinger hat in den vergangenen Jahren bereits die Unterhaltspflege in verschiedenen Grünbereichen zur Zufriedenheit durchgeführt. Aus Sicht der Verwaltung steht daher auch in diesem Los einer Auftragserteilung nichts im Wege.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) sagte, dass man für diesen Betrag auch den Gärtnertrupp aufstocken könne. Die Gemeinde habe viele Grünflächen und Obstbäume, die der Pflege bedürften. Er beantragte Einzelabstimmung.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass der Vorschlag seines Vorredners bedenkenswert sei, doch zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiterhelfe. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) sagte, dass viele Überlegungen schon genannt worden seien. Man sei aktuell dafür die Aufträge zu vergeben, müsse aber auch die Qualität berücksichtigen. Man stimme der Vergabe von Los 2 zu, Los 1 nicht und liefere die Begründung nichtöffentlich.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass die Lose 2014 bereits ähnlich vergeben wurden. Sie gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass hier die "Billigheimer Großfirmen" zum Zug gekommen seien. Dass sei aber auch eine Frage des Lohnes der gezahlt werde. Er gab die Ablehnung.

GR Andreas Wolf (CDU) fragte, ob die Vergabe für 1 oder 2 Jahre erfolge? BGM Schmitt sagte, dass sie für 2 Jahre erfolgt.

BGM Schmitt erläuterte noch kurz, dass man für die Auftragssumme 2 Mitarbeiter einstellen könne. Die Arbeiten seien jedoch 3mal im Jahr jeweils innerhalb von 2 bis 3 Wochen auszuführen. Dafür sei ein Mehrfaches als 2 Mitarbeiter notwendig. Und in der Zeit zwischen den Auftragsspitzen seien die Mitarbeiter dann nicht ausgelastet. Wirtschaftlich sei das deshalb ohne Fremdfirmen nicht darstellbar. Er erinnerte noch daran, dass früher der hohe Personalbestand im Bauhof ständig von der Gemeindeprüfungsanstalt beanstandet wurde. Dies sei mittlerweile geändert und man solle das Rad nicht Richtung Unwirtschaftlichkeit zurück drehen.

Mehrheitlich angenommen mit 12 Ja-Stimmen von CDU, PL, GLP und BGM, bei 6 Gegenstimmen von SPD, ALP und GR Helmling.